

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert die jüngsten Arbeitslosenzahlen aus Nürnberg: Von Aufschwung keine Spur.

Seite 1

Professor Dr. Hartmut Soell MdB stellt "März-Gedanken" über die Entwicklung vor 50 Jahren und zur heutigen Situation an: Der Wiederholungsgefahr widerstehen.

Seite 3

Reinhard Haar, Bundesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, setzt sich für einen Spenden-TÜV im Bereich der Wohlfahrtsverbände ein.

Seite 5

Horst-Werner Franke, Senator für Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen, erinnert an den antifaschistischen Widerstand der Arbeiter in seiner Stadt.

Seite 7

38. Jahrgang / 43

3. März 1983

Von Aufschwung keine Spur

Anmerkungen zu den neuen Arbeitsmarktzahlen

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

"Den Aufschwung wählen" - so prängt es uns in Riesennachrichten von allen Plakaten mit dem strahlenden Konterfei des Helmut Kohl entgegen. Aber von einem Aufschwung gibt es keine Spur. Geradezu ernüchternd müßten auf den Winterkanzler die neuesten Arbeitsmarktdaten aus Nürnberg wirken.

Mit einer für den Monat Februar überproportionalen Steigerung um nochmals über 48.000 erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen auf jetzt 2.535.836, das entspricht einer Quote von 10,4 Prozent. Einen höheren Anstieg in einem Februarmonat gab es nur im Jahre 1967!

Die Zunahme der Arbeitslosenmeldungen hat sich damit auf jetzt über 800.000 seit Jahresbeginn 1983 erhöht. Das sind etwa acht Prozent mehr als zur gleichen Zeit 1982.

Überproportional war das Wachsen der Arbeitslosenzahl bei den Männern mit 3,2 Prozent, während sich die Situation bei den Frauen mit 0,1 Prozent nur geringfügig veränderte. Man wird aber wohl nur ahnen können, wie hoch die reale Zahl der nicht gemeldeten "industriellen Reservearmee" sein wird. Nochmals kräftig gestiegen ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer. Hier werden bereits fast 320.000 Arbeitslose registriert, was einer Quote von 15,4 Prozent entspricht. Nicht besser sieht es für die Jugendlichen aus. Der Anstieg im Vergleich zum Februar liegt bei 1,7 Prozent, das macht jetzt eine Gesamtzahl von 216.353 aus. Wer diese Zahlen liest, dem müssen die schönfärberischen Reden von vermeintlichen Ausbildungsplatzgarantien wie blanker Hohn vorkommen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Printed in Germany
All rights reserved
Copyright 1983



Die einzigen rückläufigen Zahlen im Vergleich zum Januar gibt es bei den teilzeit- arbeitssuchenden Arbeitslosen beziehungsweise den über 59 Jahre alten mit einem Rückgang um 0,5 beziehungsweise 0,2 Prozent gegenüber Januar. Um über 43.000 hat auch die Zahl der Kurzarbeiter abgenommen auf jetzt ca. 1.150.000. Dies klingt besser, als es in Wirklichkeit ist. Denn im Vergleich zum Februar 1982 sind dies 96 Prozent mehr!

Noch interessanter werden aber die Zahlen bezüglich der einzelnen Branchen. Nicht nur wegen des Kälteeinbruchs im Februar nahm die Kurzarbeit im Baugewerbe zu. Vielmehr gab es für cirka 184.500 Arbeitnehmer wegen Auftragsmangels unfreiwillige Arbeitszeitverkürzungen. Das sind nochmals 24.700 mehr als im schon schlechten Januar. Da fragt man sich in der Tat, wie Regierungspolitiker bei Kenntnis dieser Zahlen weiterhin von einer Verbesserung der Auftragslage im Baugewerbe durch ihre Mieterhöhungsgesetze sprechen können.

Hohe Kurzarbeiterzahlen sind auch in den Branchen Maschinenbau (über 178.000), Straßenfahrzeugbau (138.400), Elektrotechnik (cirka 111.000) und Metallherzeugung (100.700) zu vermerken.

Das Zahlenbild bei den offenen Stellen hat auch mit dem Aufschwunggerede nichts gemein. Der Zugang an Neuanmeldungen blieb mit über 81.000 weit unter dem Februarergebnis 1982: 24 Prozent weniger. Die katastrophale Situation wird noch deutlicher, wenn man die offenen Stellen am Ende des Berichtsmonats betrachtet. Die nunmehr knapp 69.000 bedeuten einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 48 Prozent!

Es zeigt sich also, ein Aufschwung läßt sich weder herbeireden noch läßt sich die Wirtschaft gesundbeten. Ohne aktive staatliche Beschäftigungspolitik werden wir aus dieser Talsohle nicht herauskommen. Der fliegende Regierungswechsel zum Zwecke des Stops des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen hat uns fast 750.000 neue Arbeitslose in nur knapp fünf Monaten gebracht. Das ist wahrlich eine "stolze" Bilanz. Dies ist nämlich fast ein Viertel der gesamten Zahl der Arbeitslosen. Wer da den Mund beständig in Bezug auf eine "Erblast" von 13 Jahren voll nimmt, sollte angesichts dieser Fünf-Monats-Bilanz vielleicht doch etwas schweigsamer werden.

Alle von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Maßnahmen eines Beschäftigungshaushalts 1983 bis 1985 sind von der Regierung Kohl zynisch abgelehnt worden. Dabei hat SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel ihnen vorgerechnet, daß mit den dort angeführten Maßnahmen, mit dem Einstieg in Arbeitszeitverkürzungen und der Schaffung eines sogenannten "2. Arbeitsmarkts" wie in Hamburg bundesweit bis 1985 ein Arbeitsplatzvolumen von eins bis 1,8 Millionen neu geschaffen werden kann. Für die dazu vorgeschlagenen Maßnahmen sind solide Finanzvorschläge gemacht worden, die sogar nach wenigen Jahren zu einer Reduzierung der staatlichen Kreditaufnahme führen würden.

Stattdessen tun sich für Kohl und Lambsdorff mit ihrer rigiden Sparpolitik durch die beständig anwachsenden Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe dauernd neue Haushaltslöcher auf, ohne daß mit der wachsenden Staatsverschuldung beschäftigungspolitische Impulse gegeben würden.

Es wird Zeit, daß die Ära Kohl/Genscher ein Ende findet! (-/3.3.1983/ks/rs)

+ + +



März-Gedanken

Um falschen Vergleichen und Wiederholungen zu widerstehen

Von Professor Dr. Hartmut Soell MdB

Der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, von Journalisten als Experte für unreine Aussprache bezeichnet, hat am 30. Januar 1983 - also am 50. Jahrestag von Hitlers sogenannter Machtergreifung - auf dem Kölner CDU-Jugend-Forum vor Tausenden von Zuhörern gesagt, das Datum 6. März 1983 sei genau so entscheidend wie jenes am 5. März 1933. Wer nicht weiß oder wissen will, was er als Jugendminister mit einem so böstigen Vergleich in den Köpfen vieler Jugendlicher anrichtet, ist ein geschichtsloser Geselle. Damals ging es um die Wahl: Demokratie oder braune Diktatur, so weit von einer freien Wahl überhaupt noch gesprochen werden konnte. Geißler hat dabei zusätzlich die Wahlkampfgegner in die Nähe der Republik-Zerstörer von 1933 gerückt: "Wollt ihr die SPD mit den Grünen, wollt ihr wie damals in einen gefährlichen Neutralismus? Wollt ihr die alten gescheiterten Männer der SPD? Oder wollt ihr die neue Zeit?!" (Stern, 10. Februar 1983).

Es ist also nicht nur Strauß, der mit Begriffen wie "kulturelle Entartung" und "Afterkultur", die Sprache von Josef Goebbels übernommen hat, sondern auch der CDU-Generalsekretär. Häufig wird vergessen, daß nicht nur Begriffe wie "Verbrecher" ("November-Verbrecher"), "Lüge" ("Kriegsschuld-Lüge") zu den vergifteten Waffen der Rechtsradikalen in der Weimarer Republik gehörten, sondern auch Worte wie "anständige Menschen (Deutsche)" et cetera, in der antisemitischen Agitation verwendet wurden. So hat Josef Goebbels auf den Vorwurf, die Nazis würden die Juden nicht als Menschen ansehen, geantwortet: "Doch, Juden sind natürlich Menschen - aber keine anständigen Menschen."

Zum Verhalten der Liberalen 1933

Die Sozialdemokraten haben die Liberalen immer mit großer Rücksicht behandelt, auch wenn sie aufgrund schlechter Erfahrungen gelernt haben, die Vertreter dieser politischen Richtung an ihren Taten und nicht an ihren Worten zu messen. Die Liberalen haben dies schlecht gedankt. Große Teile der National-Liberalen haben zwischen 1878 und 1890 für das Sozialistengesetz und dessen Verlängerungen gestimmt. Am 23. März 1933 haben die fünf liberalen Abgeordneten der ehemaligen Demokratischen Partei (seit 1930 "Staatspartei"), die nur durch eine Listenverbindung mit der SPD überhaupt in den Reichstag gekommen waren, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt (unter ihnen Reinhold Maier und Theodor Heuss - der letztere wurde von den anderen vier dazu überredet).

Keine Wiederholung der wirtschaftspolitischen Fehler

Geschichtsbewußt zu sein und zu handeln, bedeutet auch, die Fehler der Jahre vor 1933 nicht zu wiederholen. Es waren doch damals nicht die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, die auf Hitler, Goebbels und ihre Spießgesellen hereingefallen sind. Die haben zum größten Teil SPD gewählt, die katholischen Arbeitnehmer das Zentrum, die arbeitslosen Arbeitnehmer häufig die KPD. Es waren - soweit es überhaupt Arbeitnehmer waren - unter anderem junge Leute in Angestelltenberufen, akademischen Berufen, auch junge Arbeiter, die gar keine Chance hatten, die Arbeitswelt kennenzulernen, dort von ihren



Älteren Arbeitskollegen aufgeklärt zu werden über die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit, über den mühsamen Kampf der Arbeiterbewegung durch Jahrzehnte hindurch um Reformen Schritt für Schritt. Diese jungen Leute, die die Gesellschaft gar nicht hat einsteigen lassen, sind dann im besonderen Maß den braunen Rattenfängern zum Opfer gefallen.

Auch deshalb gilt es, das schleichende Gift der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Vier oder fünf Millionen Arbeitslose bedeuten eine andere Republik - eine Republik, die wir nicht wollen!

Deshalb sind wir gegen eine Sparpolitik a la Brüning, gegen eine Umverteilung von unten nach oben, die nicht nur sozial ungerecht ist, sondern die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander treibt, statt alle unsere Kräfte gegen die Weltwirtschaftskrise zu bündeln. Deshalb sind wir für mehr Investitionen in sinnvollen Bereichen, für Arbeitszeitverkürzungen (um die wachsende Produktivität und die Rationalisierungsschübe aufzufangen), für mehr Qualifizierung breiter Gruppen und zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Auch die Fehler von 1952 vermeiden

Am 10. März 1952 schickte die Sowjet-Regierung unter Stalin an die drei Westmächte eine Note, in der die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen (wobei deren Sicherung und Kontrolle unklar blieb) vorgeschlagen wurde. Es kam zu einem west-östlichen Notenwechsel bis zum Sommer 1952 (insgesamt vier Noten auf jeder Seite), der deutlich machte, daß die Sowjetunion ihren Vorschlag auch mit ihren Haken und Ösen ausgestattet hatte.

Dennoch war es ein Grundfehler, die Substanz der Vorschläge nicht am Verhandlungstisch auszuloten. Adenauer vertrat die Auffassung, wie er auf einer Kundgebung der CDU am 28. März 1952 in Bonn betonte, daß der Westen mit seiner Politik der (militärischen) Stärke auf dem richtigen Wege sei: Eine echte Verhandlungsbereitschaft Sowjetrußlands sei erst da, "wenn es sieht, daß der Westen mindestens so stark wie Rußland ist..... Bis dahin müssen wir warten, geduldig warten".

Es war also die Position: Zuerst Westintegration und eine westdeutsche Armee von 500.000 Mann, dann erst würde die Sowjetunion mit den "richtigen" Angeboten kommen. Es muß vor allem zu denken geben, daß der damalige französische Hochkommissar, André Francois-Poncet, als national denkender Franzose, der er war, wie in den Adenauer-Memoiren nachzulesen ist, es kaum glauben wollte, daß ein deutscher Bundeskanzler so bereitwillig die Westbindung einzugehen bereit war, ohne vorher mit allem Nachdruck die Chancen für Wiedervereinigungsverhandlungen mit der Sowjetunion ausgelotet zu haben (beziehungsweise durch die Westmächte ausloten zu lassen).

Als im Januar 1955 das letzte Sowjet-Angebot kam, waren CDU/CSU und FDP nicht einmal bereit, die Ratifizierung der Westverträge zeitlich befristet auszusetzen (etwa nach der Methode des Doppelbeschlusses von 1979), um in intensiven Verhandlungen die Ernsthaftigkeit der Verhandlungen auszuloten. (-/3.3.1983/ks/rs)

+ + +



Geprüft - dann spenden

Arbeiterwohlfahrt setzt sich für Spenden-TÜV ein

Von Richard Haar

Geschäftsführer des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Deutsche Caritas, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) stellen die größte Bürgerinitiative in der Bundesrepublik dar. In privater Trägerschaft kümmern sie sich in 56.000 Einrichtungen tagtäglich um über zwei Millionen hilfebedürftige Mitbürger. Diese soziale Hilfe kostet Geld, viel Geld. Zuwendungen zum Beispiel aus öffentlichen Haushalten, aus Lotterien oder Mitgliedsbeiträgen reichen nicht aus, diese sozialen Dienste zu finanzieren. Die Wohlfahrtspflege ist in besonderem Maße angewiesen auf freiwillige Spenden aus der Bevölkerung. Die Freie Wohlfahrtspflege ist auch in der Entwicklungshilfe und der Katastrophenhilfe tätig und unterhält eine Vielzahl von Auslandsprojekten.

Bei genauerem Beobachten des Spendenmarktes läßt sich seit geraumer Zeit feststellen, daß immer mehr sogenannte Fördervereine und Spendensammlervereine sich den nach wie vor "reichen" deutschen Spendenmarkt zu erschließen versuchen. Die angewandten Mittel sind dabei oft alles andere als "gemeinnützig".

Nach einer neueren Untersuchung gibt es in der Bundesrepublik mehr als 14.000 Organisationen, die als Spendenbeschaffer auftreten. Die Angaben über das jährliche Spendenaufkommen schwanken erheblich und lassen sich eher nach "Dunkelzifferart" bemessen. Realistische Schätzer beziffern die Spendenbereitschaft der Deutschen auf jährlich 1,5 bis 2,5 Milliarden. Manche schätzen drei Milliarden. Differenzen von 1.000 Millionen: Statistiker und Finanzfachleuten dürften sich die Haare sträuben.

Daß sich allerdings der "Spendenmarkt" angesichts der wirtschaftlichen Situation vorenzt und damit der "Konkurrenzdruck" unter den spendensammelnden Organisationen größer wird, ist eine leicht vorstellbare Tatsache. Es gibt bereits spezielle Informationsdienste, die Tips für gezieltes Spendenmarketing publizieren: "Auf dem Spendenmarkt wird das Geld knapp" - aber "das Bedürfnis nach einer heilen Welt war noch nie so groß wie heute. In Zeiten, in denen für gemeinnützige Organisationen die Spendengelder nicht mehr so reichlich fließen wie bisher, muß wieder mehr dafür getan werden."

Die Arbeiterwohlfahrt lehnt solche subtilen und altruistischen Methoden ab. Sie mißbilligt aggressive "PR", die mehr auf das Portemonnaie des Bürgers als auf den eigentlichen Zweck gerichtet ist. Die ins Haus flatternden Bettelbriefe mit Bildern von hungernden Kindern, die sterben, wenn nicht sofort geholfen wird, sind eine Nötigung. Darbende Flüchtlinge sollen dem Bürger ein permanent schlechtes Gewissen suggerieren.

Vielfach werden aber unter dem Deckmantel angeblicher Hilfsbereitschaft gute und schnelle Geschäfte angekurbelt. Skandale in jüngster Zeit - Stichwort "Patenschaften für Kinder in der Dritten Welt" - belegen diesen Vorwurf. Ein besonders geschmackloses Beispiel von Spendenwerbung ist das Infoblatt einer Stiftung, die



sich gegen den Robbenmord einsetzt. Da heißt es wörtlich: "Das ist so unmenschlich wie Kindermord - Mit 20 DM sind Sie Pate einer der noch lebenden Robben und man bekommt dafür eine gediegene Patenschaftsurkunde." Hier wird sowohl Geschmack wie Kontrolle zur Strecke gebracht.

Der gutwillige und mitfühlende Bürger muß wirksam geschützt werden. Bestehende gesetzliche und richterliche Entscheidungen müssen umgesetzt und kontrolliert werden:

Nach einer Entscheidung des hessischen Finanzgerichts aus dem Jahr 1982 ist es mit einer selbstlosen, nur auf die Verfolgung mildtätiger Zwecke gerichteten steuerbegünstigten Betätigung nicht vereinbar, wenn wesentliche Teile des Spendenaufkommens Jahr für Jahr für Werbezwecke ausgegeben werden. Dem Urteil zufolge dürfen Spendenmittel nicht in erheblichem Umfang für satzungsfremde Zwecke, sprich Spendenwerbung, ausgegeben werden.

Ebenso muß diskutiert werden, welche Möglichkeiten bestehen, zu verhindern, daß sogenannte Fördervereine und Spendensammlervereine, die nach der Abgabenordnung als steuerbegünstigte Körperschaften anzuerkennen sind, als Spitzenverbände auf dem Spendenmarkt auftreten.

Notwendig sind Ergänzungen und Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen. So sind in einem Bundesland Spenden(bettel)briefe erlaubnispflichtig, im anderen nicht. Ebenso verhält es sich mit der Genehmigung für Altkleidersammlungen.

Unvollkommen ist sowohl die Anerkennung wie die Kontrolle der Gemeinnützigkeit. Bisher erfolgt die Kontrolle durch die Finanzbehörden in der Regel erst nach drei Jahren. Bis dahin haben dubiose Organisationen ihr "Spendenschäfchen" längst ins Trockene gebracht. Die Durchschaubarkeit des Spendenmarktes kann gleichrangig auch durch eine Selbstverpflichtung sammelnder gemeinnütziger Organisationen erreicht werden.

Die Arbeiterwohlfahrt schlägt dazu eine "Spenden-Plakette" (Spenden-TÜV) vor, die unter Umständen durch das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen in Berlin vergeben wird, wenn durch eine Betriebsprüfung des Finanzamtes bei der spendensammelnden Organisation festgelegt ist, daß die tatsächliche Geschäftsführung der Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben dient.

Der Arbeiterwohlfahrt geht es mit ihren Vorschlägen nicht darum, unliebsame Konkurrenz beim spendenfreudigen Bürger auf Distanz zu zwingen. Alleiniger Maßstab kann nur sein, daß der Bürger, der mit seinem Obulus irgendwo hilfreich sein will, wissen muß, daß seine Spende zweckgerecht verwandt wird.

(-/3.3.1983/ks/rs)

+ + +



Widerstand der Arbeiter
-----**Bremen zeigt eine Ausstellung besonderer Art**

Von Horst-Werner Franke

Senator für Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen

Um die sogenannte Machtergreifung der Nazis in Deutschland gibt es aus Anlaß des 50jährigen Gedenkens viele Ausstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir zeigen aber in Bremen nicht eine Ausstellung von vielen, wir wollen in Bremen vielmehr etwas veranschaulichen, was weder in unseren Schulbüchern steht noch sonst deutlich genug im Bewußtsein unserer Mitbürger ist: Das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu dem heranwachsenden und schließlich die Republik bewältigenden Faschismus. Eine solche besondere Themenstellung ist deswegen richtig, weil die deutsche Arbeiterbewegung die stärkste Widerstandskraft gegen den Nationalsozialismus gewesen ist. Sie hat auch nach der sogenannten Machtergreifung die Kontinuität ihres Kampfes gegen die Nazis fortzusetzen versucht. Die ersten KZs sind darum mit Angehörigen der Arbeiterparteien gefüllt gewesen.

Die Bremer Ausstellung holt weit aus, sie schildert die besondere Bremer Situation am Ende des ersten Weltkrieges, Entstehung und Ende der Räterepublik. Die Reproduktion von Hoetgers Trauernde Mutter erinnert an den Bürgerkrieg in unserer Stadt und seine überflüssigen Opfer. Die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiterschaft während der Weimarer Zeit sind in dieser Ausstellung besonders anschaulich vorgestellt. Bei diesem Teil der Ausstellung wird besonders deutlich, welche Hilfe wir den Veteranen der Arbeiterbewegung verdanken. Die einem sozialen Bildungsgedanken verpflichtete Bremer Reformschulen lernen wir aus der Sicht damaliger Schüler kennen. Wenn wir uns in dieser Ausstellung auf eine alte Schulbank setzen, blättern wir in dem liebevoll zusammengestellten Photo- und Erinnerungsbuch von Willi Elmers. In der Schublade des Küchenschrankes liegt Elsa Deppes Haushaltsbuch.

Die materielle Situation begreifen wir, wenn wir die Wochenlöhne der Bremer Arbeiter aufgelistet finden, wobei die Werftarbeiter mit 38 Mark an der Spitze standen und daneben Industrieerzeugnisse finden, die für uns selbstverständlich sind, deren Originalpreisschilder aber die Unerschwinglichkeit für den damaligen Arbeiter verdeutlichen. Wir sollten genau hinschauen, wenn uns der Stapellauf der "Bremen" gezeigt wird und wir daneben den Hinweis finden, daß danach die Massenentlassungen begannen.

Wir sollten auch aufmerksam den Bücherschrank betrachten, mit den Titeln, die für einen lesenden Arbeiter damals üblich waren. Durch den Schrank hindurch sehen wir in die Asche der Bücherverbrennung, das sichtbare Zeichen des Ungeistes in unserem Lande. Die Bücher aus dem Schrank, die auf dem Scheiterhaufen symbolisch brannten, hat Willi Elmers in eine Kiste verpackt und in seinem Garten vergraben. Kiste und Bücher stehen in dieser Ausstellung und sind eine besondere Kostbarkeit. An ihnen wird nämlich deutlich, wie die eigene geistige Existenz gegenüber dem totalen Zugriff der Nazis im Untergrund gerettet wurde.



Die Prozeßakten der vier bekannten Bremer politischen Presse aus den 30er Jahren sollten viele durchblättern, nicht nur weil wir hier Namen finden von Männern und Frauen, die unter uns sind, ich erinnere an Willi Blase, Richard Boljahn, Willi Dehnkamp, Gustav Böhrnsen, sondern weil in diesen Akten die frühen Widerstandsversuche aus den Reihen der Arbeiterbewegung konkret werden. Die Namen der Verfolgten zeigen das gemeinsame Schicksal der früher Verfeindeten unter den Nazis. Darum müssen wir auch Georg Stockmann, Johannes Kaluza und Richard Klanke oder Georg Buggendal als Beispiel für die damalige KPD erwähnen. Übrigens können wir an dem original Wachsmatrizen-Vervielfältigungsapparat, den Maria und Werner Krüger gebracht haben, ein Mittel des damaligen Widerstands für die Herstellung illegaler Flugblätter und Zeitungen bewundern.

Wenn der Besucher über die Autobahn in die Bremer Ausstellung schreitet, erfährt er die Zerstörung der Legende vom guten Nationalsozialismus und begreift, daß die Straßen des Führers und sein Bündnis mit der Wirtschaft in den Krieg und die Zerstörung führten. Die Glückwunschtelegramme aus Anlaß der sogenannten Macht-ergreifung verraten nicht nur die Unbedarftheit des Vereins deutscher Hebammen sondern zeigen überdeutlich, daß die damaligen Repräsentanten der Bremer Wirtschaft im Bündnis mit Hitler ihren Vorteil sahen. An die Stelle von Fracht- und Passagierschiffen traten auf den bremischen Heilingen die Kriegsschiffe. Die "Gneisenau" ist Beispiel hierfür. Durch die Trümmer des zerstörten Bremens verlassen wir die Ausstellung und ich wünsche mir, daß jeder Bürger, wenn er am Ende vor den Trümmern steht und die ausgemergelten KZ-Gestalten in ihnen schuftet sieht, das Fazit dieser Ausstellung zieht: Nie wieder Faschismus, wie wieder Krieg!

(-/3.3.1983/ks/ca)

+ + +

